



NIE WIEDER !

NACHRICHTEN EUROPÄISCHER BÜRGERINITIATIVEN

Ausgabe 2 / 2009

Verantwortlich für die Beilage des „13.“ Günter Annen

Cestarostraße 2, D-69469 Weinheim

Tel. und Fax: 0049 (0) 6201-2909929/28

E-Mail: info@babycaust.de

Auch deutsche Banken finanzieren Rotlichtmilieu!

Die „Europäische Bürgerinitiative in Österreich“ hat sich im vergangenen Jahr weit mehr als 100 Grundbuchauszüge von österreichischen Bordellen beschafft und eingesehen.

Daraus ging hervor, daß Banken und Sparkassen dem Rotlichtmilieu hohe Kredite gewährten. Wie es scheint, kümmern sich die Geldinstitute gar nicht darum, ob die Unterweltler für die gewährten Kredite auch Sicherstellungen vorweisen können. Die Kreditinstitute rechnen nur mit hohen Zinsen. Das ist bei den Verantwortlichen der Banken offensichtlich die einzige „Sicherstellung“. Außer ihrem schlechten Charakter besitzen die Lumpen von Bordellbetreibern nichts. Es wurden vorläufig Grundbuchauszüge aus nur drei Bundesländern ausgewertet (und dies bei weitem auch nicht alle). Die gewährten Kredite übersteigen bereits eine Summe von über 150 Millionen Euro (= 2 Milliarden ehemals österreichische Schilling).

„Frischfleisch“

Daß die Bordellbetreiber die Zinsen für die gewährten Kredite zahlen können, dafür „sorgen“ auch die Menschenhändler. Alle drei Monate werden die Mädchen aus armen Ländern ausgetauscht. Die Menschenhändler bieten den Bor-

dellbesitzern auf ihre Weise die Mädchen an: „Frisches Fleisch hama do. Wieviel brauchst?“

Martin Humer hat in den vergangenen drei Jahren weit über 2.000 Anzeigen gegen Bordellbetreiber, Menschenhändler und gegen die Banken bei der Polizeiinspektion Wai-zenkirchen erstattet. Es gelang daraufhin den Behörden nur in wenigen Fällen, gegen die Menschenhändler vorzugehen, denn die Menschenhändler warten ja nicht so lange, bis die Exekutive vorbeikommt. **Martin Humer:** „Wichtiger und erfolgreicher wäre es, würden die strafverfolgenden Behörden gegen die Bordellbesitzer vorgehen und diese als Beihilfetäter verfolgen. Das lassen die österreichischen Gesetze auch heute schon zu. Oft scheint es mir, als ob die Staatsanwaltschaften die Bordellbetriebe schützen. Korruption hat in diesem Bereich schon immer eine große Rolle gespielt und spielt sie auch heute. Denn anders läßt sich dieser Mißbrauch der Amtsgewalt nicht erklären. Nun muß man auch gegen die Banken vorgehen! Die kleinen Sparer sind nicht damit einverstanden, daß ihre Spargroschen zur Finanzierung von Bordellen mißbraucht werden. Wenn die Sparer einmal draufkommen, daß ihr Geldinstitut die Spargroschen mißbraucht, sollten sie den Mut haben, das Kon-

to aufzulösen. Wenn das viele Sparer in Österreich so machen würden, werden es sich die Banken überlegen, das Rotlichtmilieu mit Krediten zu fördern. Sie werden dann sogar gegebene Kredite aufkündigen. Das wäre das finanzielle Ende für viele Bordelle. Viele Hurenhäuser müßten geschlossen werden. Wenn die Zahl der Bordelle zurückgeht, geht auch der Menschenhandel zurück.“

Lage in Deutschland

Die Lage in Deutschland sieht leider ganz anders aus: Die deutschen Behörden weigern sich hartnäckig, der Bürgerinitiative - Deutschland Grundbuchauszüge zur Verfügung zu stellen. So gesehen werden die Banken und die Bordellbesitzer von den Grundbuchämtern geschützt. Es ist zur Zeit nicht möglich, gegen Bordellbesitzer, Banken und Sparkassen mittels Grundbuchauszug zu recherchieren. „Nur mit Zustimmung der Grundbucheigentümer sei eine Einsichtnahme in das Grundbuch möglich“, so oder so ähnlich lauten die Antworten der Grundbuchämter auf unsere Anfragen.

So dumm sind weder die Bordellbesitzer, noch die Verantwortlichen bei den Banken und Sparkassen, daß sie uns freiwillig eine Einsichtnahme in das Grundbuch gewähren. So

besteht in Deutschland für unsere Bürgerinitiative keine Möglichkeit zu erfahren, welche Geldinstitute die Hurenhäuser finanzieren.

Staatsanwaltschaften nehmen unsere Anzeigen zwar zur Kenntnis, aber sie unternehmen nichts gegen den Menschenhandel, der bereits zu einem neuzeitlichen Sklavenhandel ausgeartet ist. Die Europäische Bürgerinitiative in Deutschland fordert, daß auch in der Bundesrepublik endlich wie in Österreich eine Möglichkeit geschaffen wird, Einsicht in die Grundbücher zu nehmen.

In der politischen Öffentlichkeit spricht man oft und gerne von „Transparenz“. „Transparenz“ heißt übersetzt: Durchsichtigkeit. Die Behörden verweigern aber dem interessierten Bürger eine solche Durchsicht. Würden viele Sparer die Geldinstitute, denen sie ihre Spargroschen anvertrauten, auffordern, keine Hurenhäuser zu fördern, würde sich einiges in den Chefetagen bewegen. Die Verunsicherung der Geldinstitute wäre sehr groß aber auch heilsam.

Wir werden die Banken und Sparkassen einladen, unser Bemühen gegen den Menschenhandel zu unterstützen, und sie bitten, dem Rotlichtmilieu keine Kredite mehr zu gewähren und laufende Kredite zu kündigen.

*Neue Kontroverse um Donum Vitae***Abtreibungsbetrug auch in Österreich**

In der deutschen katholischen Kirche gibt es neue Auseinandersetzungen um den Verein Donum Vitae (Geschenk des Lebens).

Nach einem Bericht der in Würzburg erscheinenden „Tagesspost“ mißbilligte die Deutsche Bischofskonferenz kirchenkritische Äußerungen im

Tätigkeitsbericht 2007 des bayerischen Landesverbandes von Donum Vitae. Außerdem forderten die Bischöfe bei ihrer jüngsten Sitzung am 19. Januar das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) auf, sein Verhältnis zu Donum Vitae zu klären. Donum Vitae wurde 1999 von „katholi-

schen“ Laien gegründet, nachdem die Kirche auf päpstliche Weisung hin aus dem staatlichen System der Schwangerschaftskonfliktberatung mit Ausgabe des Beratungsscheins ausgestiegen war. Der Verein will abtreibungswillige Frauen für ein Leben mit Kind gewinnen, auch unter der Bedingung, den

für einen straffreien Abbruch nötigen Beratungsschein auszustellen. Diesen Weg lehnte Papst **Johannes Paul II.** natürlich ab. Ein ähnliches Problem gibt es bekanntlich derzeit auch in Österreich, wo die Katholische Aktion (Aktion Leben) beratend im Abtreibungsgeschäft tätig ist.

Kranke Kinder

Rund 15 Prozent aller Kinder und Jugendlichen leiden laut Bundesärztekammer an psychischen Auffälligkeiten oder Erkrankungen. Ein Drittel davon benötigt eine ambulante oder stationäre Behandlung, teilte der Verband mit.

In Deutschland werde noch immer verkannt, daß psychische Störungen bei Minderjährigen nicht nur für die Betroffenen und ihre Familien eine schwere Belastung seien, sondern auch ein gewaltiges gesellschaftliches und ökonomisches Problem darstellten.

Heuchelei: Holocaust-Gedenktag

Seit 1996 wird am 27. Januar der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. 1945 wurde von der Roten Armee an diesem Tag das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau befreit.

Der Gedenktag soll die Verbrechen der Nazis vor über 64 Jahren im Bewusstsein der Bevölkerung wachhalten, um derartige Verbrechen für die Zukunft zu verhindern. Allerdings: Sämtliche Länder, einschließlich Israel, die heute die Vernichtungsmaschine-

rie der Nazis zu Recht anprangern, haben aus der Geschichte nichts gelernt. Die Appelle an diesem Holocaust-Gedenktag gegen Diktatur und Gewalt sind und bleiben nur leere Worthülsen, denn in den meisten Ländern unserer Erde tobt ein erbitterter Vernichtungskrieg gegen die wehrlosesten und schuldlosesten Menschen in unserer Gesellschaft, gegen die ungeborenen Kinder. Mit diesem Babycaust leben die Politiker, die Justiz, die Ärzte und

Kirchen. Widerstand gegen dieses demokratische Verbrechen unserer Zeit gibt es kaum in unserer Gesellschaft. Man hat sich offensichtlich mit diesem Massenmord an den ungeborenen Kindern abgefunden. Was nutzen Gedenktage und Appelle, wenn wir durch unser Zuschauen oder unser Wegschauen den demokratischen Massenmord zulassen? Wo ein Krieg gegen die Ungeborenen tobt, da hat der Weltfriede keine Chance!

Es gibt kein Menschenrecht auf Abtreibung

Nach Ansicht des Direktors des Deutschen Instituts für Menschenrechte, **Heiner Bielefeldt**, ist Abtreibung kein Menschenrecht. Der Mann hat Recht. Dies würde unterstellen, daß der Fötus keinen rechtlichen Status hat, sagte **Bielefeldt** am 30. Jänner in Berlin. Die Menschenwürde gelte jedoch bereits in der vorgeburtlichen Phase des Lebens, betont der Menschenrechtsexperte. Wenn dem vor-

geburtlichen menschlichen Leben die Würde abgesprochen werde, habe das auch Auswirkungen auf die Achtung der Menschenwürde der Geborenen. In der Debatte um die Embryonenforschung warnte der Menschenrechtsexperte zugleich vor dem Begriff einer abgestuften Menschenwürde. Wenn man die Menschenwürde abstuft, dann verliert der Begriff der Würde nämlich seinen unbedingten Stellenwert

Organspenden

Am 19. Februar 2009 findet in Rom eine internationale Tagung von Hirntod-Kritikern statt, weil beim vergangenen Kongreß im November 2008 im Vatikan so viele Fragen offen geblieben sind. Teilnehmer sind u.a. Prof. Dr. **Paul Byrne**, Neonatologe in Ohio / USA und Präsident der Kath. Ärzte der USA; Prof. **Josef Seifert**, Rektor der Akademie für Philosophie in Liechtenstein und **Renate Greinert**. Diese hat nach einem Unfall ihren 15-jährigen

Sohn Christian unter Schock zur Organentnahme freigegeben und dies bitter bereut. Seit 1985 engagiert sie sich für die Aufklärung über „Organspende“ und Hirntod und das damit verbundene Menschenbild. Zum Thema Ihres Buches „Streifflur Organspende“ wird sie am 28. März 09, 9:30 - 12.30 in Graz (Schloß St. Martin) im Rahmen des Vereins Werk für menschenwürdige Therapieformen einen Vortrag halten. Eintritt: 12 Euro.